

Einwände aus allen Richtungen

Koalition und Opposition lehnen neue Sparpläne beim Elterngeld ab / Familienministerin Schröder kündigt
Nachbesserungen an

Von Felix Berth

München – Die neuen Sparvorschläge von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) beim Elterngeld haben heftige Kritik aus allen Richtungen ausgelöst. Die familienpolitische Sprecherin der Unionsfraktion, Dorothee Bär (CSU), bezeichnete den Plan, Eltern mit Minijobs bei der Berechnung des Elterngeldes schlechter zu stellen, als "unsinnig".

Grünen-Fraktionsvorsitzende Renate Künast nannte es "Klientelpolitik pur", dass Eltern mit hohem Einkommen geschont werden sollen, während Paaren mit niedrigem Verdienst das Elterngeld stärker gekürzt werde. Auch FDP und SPD gingen auf Distanz.

Wie berichtet, sieht ein Referentenentwurf aus Schröders Ministerium vor, die Einsparungen vor allem bei Geringverdienern zu erzielen. Dafür sind laut Entwurf drei Einschränkungen geplant: Minijobs, die derzeit noch als Berechnungsgrundlage für die Höhe des Elterngeldes dienen, sollen künftig nicht mehr berücksichtigt werden. Der staatliche Kinderzuschlag, den Familien mit geringem Erwerbseinkommen erhalten, soll mit dem Elterngeld verrechnet werden. Und schließlich soll auch bei sogenannten Hartz-IV-Aufstockern das Elterngeld angerechnet werden. Schon vor einigen Wochen hatte die schwarz-

gelbe Koalition in Berlin vereinbart, dass den regulären Hartz-IV-Empfängern das Elterngeld gestrichen wird.

Schröder kündigte am Freitagnachmittag Nachbesserungen an. Es sei "der erklärte Wille des Familienministeriums, eine Sonderregelung für die sogenannten „Aufstocker“ zu finden und im Gesetz zu verankern“, betonte die CDU-Politikerin in Berlin. Eine solche Sonderregelung sei "aus technischen Gründen" noch nicht in dem Entwurf enthalten, weil sie mit geplanten Neuregelungen der Hartz-IV-Sätze zusammenhänge. Die Neuregelung soll nach Angaben Schröders in den kommenden zwei Monaten erfolgen. Erst dann könnten Sonderregelungen für Hartz-IV-Aufstocker, Mini-Jobber und die Bezieher des sogenannten Kinderzuschlages in den Entwurf aufgenommen werden, sagte die Ministerin.

Grünen-Fraktionschefin Künast kritisierte am Freitag, dass "der Höchstsatz des Elterngeldes nicht angetastet wird, während Menschen mit wenig Einkommen in Zukunft leer ausgehen". Bei Minijobbern zu kürzen, sei das Gegenteil eines Arbeitsanreizes, sagte sie der Süddeutschen Zeitung. Die rheinland-pfälzische Familienministerin Malu Dreyer nannte es "zynisch", wenn über Kinderarmut geklagt und dann gleichzeitig auf Kosten armer Familien gespart

werde. SPD-Vizevorsitzende Manuela Schwesig nannte die mögliche weitere Kürzung "eine bodenlose Frechheit". Sie warf Ressortchefin Schröder vor, "eine Politik gegen Familien und nicht für Familien" zu machen.

Die CSU-Familienpolitikerin Dorothee Bär lehnte den Plan strikt ab: "Wenn bei jungen Eltern, die auf einen kleinen Hinzuverdienst durch einen Minijob angewiesen sind, dieser bei der Berechnung des Elterngeldes nicht mehr berücksichtigt wird, tragen wir dies nicht mit." Auch die FDP wies die Pläne zurück. "Völlig irrsinnig" nannte die stellvertretende Fraktionschefin der Liberalen, Miriam Gruß, den Vorschlag. Im Tagesspiegel schlug sie vor, bei Kürzungsbedarf das Elterngeld "aus Gerechtigkeitsgründen" nicht nur den Hartz-IV-Empfängern, sondern auch nicht berufstätigen "Millionärsgattinnen" zu streichen.

Der DGB kündigte Widerstand gegen die Pläne an. Vorstandsmitglied Annelie Buntbach mahnte, den Kinderzuschlag auszubauen statt ihn zu kürzen. "Die Bundesregierung geht den entgegengesetzten Weg und verschlechtert die Einkommenslage von Haushalten mit geringem Einkommen", betonte Buntbach. (Seite 4)